

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 0 28 846 ppbn d



Inhalt

Ernst Waltemathe MdB zum
elften Jahrestag des Put-
sches in Chile: Despotie,
Armut und Chaos.

Seite 1

Dr. Peter Glotz MdB, Bun-
desgeschäftsführer der
SPD, widerspricht der
rechten Dornröschen-
Legende: Sozialdemokraten
bereiten sich auf 1987
vor.

Seite 3

Horst Sielaff MdB, Vor-
sitzender des Zentral-
verbandes der Mittel-
und Ostdeutschen, kri-
tisiert die Kanzler-Un-
terstützung für Forde-
rungen der Vertriebe-
nenverbände: Entspan-
nungspolitik wird der
Boden entzogen.

Seite 5

39. Jahrgang / 175

11. September 1984

Elf Jahre Pinochet-Regime

Der Putsch-Präsident hat Chile in Despotie, Armut und
Chaos gestürzt

Von Ernst Waltemathe MdB

Es war auch ein Dienstag, der 11. September 1973, als wir am frühen Abend die Nachricht hörten, daß die chilenische Luftwaffe dabei ist, den Regierungspalast in Santiago zu bombardieren. Später wußten wir, daß der Präsident Chiles, Salvador Allende Gossens, tot war, daß die Streitkräfte eine Ausgangssperre für Tag und Nacht über das ganze Land verhängt hatten, daß eine Militärjunta die Macht übernommen hatte. Einige Tage später kamen die Berichte aus dem Fußballstadion, das in ein Konzentrationslager umgewandelt worden war; kamen Nachrichten, daß auf den Schiffen "Esmaralda" und "Lebu" Menschen zu Tode gefoltert werden. Diese Nachrichten vermittelten das Bild einer Herrschaft des Terrors, das bei uns Deutschen Erinnerungen an die eigene Vergangenheit wachrief.

Elf Jahre danach sind die Militärs immer noch an der Macht. An der Spitze steht ein Diktator, der im Laufe der Zeit mehr und mehr Macht für sich persönlich in Anspruch genommen hat. Er herrscht gestützt auf die Bajonette eines preußisch gedrühten Heeres, und nur von einer Minderheit der Bevölkerung, den wohlhabenden Kreisen, unterstützt.

General Augusto Pinochet Ugarte stellt sich gerne als die einzige Alternative zum "Chaos" in Chile dar. Für die Mehrheit der chilenischen Bevölkerung ist eine chaotischere Situation als die jetzige in Chile freilich schwer vorstellbar.



In der Politik herrscht totale Willkür. Der Diktator regiert nach einer von ihm selbst geschriebenen Verfassung, die ihn zum Präsidenten bis zum Jahre 1989 ernennt. Der berüchtigte Artikel 24 ermächtigt den von Pinochet ernannten Innenminister, Personen zu verhaften, zu verbannen und aus dem Lande auszuweisen, ohne jede Begründung abgeben zu müssen, geschweige denn das Urteil eines Gerichtes einzuholen. Die politischen Parteien sind immer noch verboten, die Gewerkschaften durch arbeiterfeindliche Gesetze und Unterdrückung zum großen Teil zerschlagen.

Es herrschen keine moralischen Normen mehr in Chile. Nach Pinochets neuestem "Anti-terroristen-Gesetz" darf die Geheimpolizei Personen zehn Tage lang in ihren Folterzentren halten, bevor sie vor Gericht gestellt werden müssen. Die Sicherheitskräfte ermorden Menschen im Zuge der "Bekämpfung des Terrorismus". Die Opfer sind nicht selten Jugendliche und sogar Kinder. Während der Demonstrationen vom 4. und 5. September wurden zehn Personen von der Polizei erschossen. Unter ihnen waren zwei Jungen. Seit dem 11. Mai 1983, dem ersten Protesttag gegen das Regime, sind mehr als 100 Personen von der Polizei oder Soldaten während Demonstrationen getötet worden. Allein seit März 1984 hat die Geheimpolizei CNI über 40 Personen ermordet.

Es herrscht keine Rechtssicherheit mehr. Kein Chilene kann sich noch mit Bestimmtheit auf Rechtsgarantien berufen. Ist es ein Zeichen der herrschenden "Ordnung", wenn ein Exil-Chilene eine Einreise-Erlaubnis erhält, die vier Tage vor seinem Abflug zurückgezogen und dann, wenn er darauf besteht, auf jeden Fall nach Chile zu reisen, eine halbe Stunde vor der Landung seines Flugzeuges wieder hergestellt wird? Der ehemalige Erziehungsminister Allendes, Anibal Palma, der acht Jahre im Exil in Bremen lebte, sitzt immer noch im Gefängnis in Chile. Pinochet ließ ihn schließlich einreisen - und unter der Anklage verhaften, er habe Staatsgelder veruntreut. Dabei hatte Palma auf seine Einreise gedrungen, um diese willkürliche Anklage vor Gericht zu widerlegen. Eine untere Instanz hatte seine Freilassung gegen Kautions angeordnet, aber der Oberste Gerichtshof in Santiago verlangte plötzlich, daß vier neue Zeugen vorgeführt werden und Palma nicht aus der Haft entlassen wird. Dies trotz der Tatsache, daß die Ermittlungsphase des Prozesses längst abgeschlossen ist. Einer der benannten Zeugen ist seit zwölf Jahren tot. Bis jetzt weiß man nicht, ob die anderen sich in Chile oder im Exil befinden.

Und herrscht wirklich "Ordnung" in der Wirtschaft? Jeder dritte Chilene ist arbeitslos. 800.000 Familien sind obdachlos. Die industrielle Produktion ist seit 1973 um 20 Prozent gesunken. Chile hat über 20 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden und damit die höchste Pro-Kopf-Verschuldung des ganzen Kontinents. Die Bevölkerung kann die ärztliche Versorgung nicht mehr bezahlen. In den Armenvierteln ist Typhus so gewöhnlich wie Grippe geworden. Schulkinder fallen vor Hunger in Ohnmacht. 12-jährige sind bereits Prostituierte und Alkoholiker geworden. 27.000 Straßenhändler in Santiago müssen ein kärgliches Dasein fristen. Dem steht gegenüber, daß der selbsternannte Präsident des Landes sich einen Palast für 15 Millionen Dollar gebaut hat.

Es dauerte zwölf Jahre, bis das "Tausendjährige Reich" Adolf Hitlers besiegt wurde. In Chile sind heute elf Jahre einer Schreckensherrschaft herum. Es ist zu hoffen, daß der Weg zurück zur Demokratie schnell gegangen werden kann.

(-/11.9.1984/ks/rs)

+ + +



Wider die rechte Dornröschen-Legende

Die Sozialdemokraten bereiten sich auf eine große Auseinandersetzung 1987 vor

Von Dr. Peter Glotz MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Unter dem Deckmantel aufmunternden Wohlwollens drechselt der liberalere Teil der deutschen Rechten zur Zeit eine neue Legende: Man könnte sie als Dornröschen-Legende bezeichnen: sie zielt darauf, die SPD für die Bundestagswahl 1987 aus dem Feuer zu nehmen und ihr dafür einen Wahlsieg 1991 zu versprechen. Aber die Erfinder dieser Legende haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Die Sozialdemokraten denken nicht daran, bei der Wahl 1987 nur mit halber Kraft anzutreten. Bis dahin nämlich wird der Bodensatz an Trauer und Wut in den Seelen der schwachgebundenen Kohl-Wähler so groß sein, daß dieser Bundeskanzler reif zur Ablösung ist. Uns Sozialdemokraten ist klar: Was die Partei 1987 nicht weiß, wird der Wähler 1991 nicht von ihr erwarten. Die Sozialdemokraten rüsten sich systematisch für eine große, entscheidende Auseinandersetzung im Jahr 1987.

Daß Helmut Kohl ein Pannenzkanzler ist, bestreitet niemand mehr; aber alle fragen: Was nützt es eigentlich der Opposition? Ein Verteidigungsminister läßt zu, daß ein General aufgrund von falschen Gerüchten als angeblich homosexueller aus der Armee gestoßen wird und muß ihn dann wieder zurückholen; das Volk - in seiner Mehrheit - nimmt es hin. Die obersten Spitzen der Regierung verschwören sich, ein Amnestiegesetz für Parteispender durchzuboxen; das Volk nimmt es hin. Die Regierung macht große Ankündigungen zum Umweltschutz und verheddert sich dann restlos, bei der Zulassung eines Kraftwerks (Buschhaus) ebenso wie bei der Einführung abgasarmer Autos (Katalysatoren). Das Volk nimmt es hin. Jeder sieht, daß in dieser Regierung mehrere ausgerauchte Schloten herumstehen; ein Postminister, der nirgends mehr Freunde hat, ein Verkehrsminister, über den selbst die eigenen Parteifreunde höhnen, ein Justizminister, von dem man nur die Pfeifenmarke kennt - das Volk nimmt es hin. Die Demoskopen melden "leichte Einbußen". Aber die deutsche Rechte verfügt zusammen nach wie vor - mal knapp, mal weniger knapp - um 50 Prozent.



Das liegt daran - sagen manche -, daß die Opposition keine überzeugenden Konzepte vorweisen könne. Aber was ist mit dem Brandt-Plan zur Abrüstung, der von den Demokraten in den amerikanischen Kongreß eingeführt worden ist und von namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen westlichen Welt unterstützt wird? Was ist mit dem Sondervermögen Arbeit und Umwelt, das bis ins Kleinste durchkonzipiert das Arbeitsmarkt- und das Umweltproblem gemeinsam angehen will? Was ist mit dem Zukunftsprogramm Dritte Welt, das der Bundesrepublik (und später einmal, wenn es verbreitet würde, auch der Europäischen Gemeinschaft) ein neues Verhältnis zu den ausgepowerten Nationen in Afrika oder Lateinamerika schaffen könnte? Was ist mit Horst Ehmkes Konzept zur "Selbstbehauptung Europas", das Bewegung in die erstarrten Strukturen der Jalta-Ordnung bringen könnte?

Nein, Konzepte fehlen nicht. Die Sache ist simpler: Auch diese Regierung muß "ihre Zeit" haben; das verlangt das Gerechtigkeitsgefühl der Bürger. Kohls Pannen lösen sich nicht in Rauch auf; sie bilden in der Seele der Wechselwähler einen Bodensatz. Es ist, wie der sizilianische Fürst Lampedusa in seinem berühmten Roman "Der Leopard" geschrieben hat, "eine Ablagerung von Trauer auf dem Grunde der Seele, die sich Tag um Tag aufhäufen würde; und die wäre am Ende die wahre Ursache des Sterbens". Kein Zweifel: Die "Ablagerung von Trauer" in den Seelen der Kohl'schen Wechselwähler bildet schon eine dicke Schicht. Aber niemand sollte vergessen: Die sozialliberale Koalition hat 13 Jahre regiert; Kohl regiert jetzt zwei Jahre. Wie sagt doch der Bundeskanzler? Man muß die Dinge reifen lassen.

Allerdings ändern sich die Zeiteinheiten im alten Europa. Früher haben Regierungen - selbst im England des Mehrheitswahlrechts - acht oder zwölf Jahre regiert; Adenauer 15, de Gaulle elf, die schwedischen Sozialdemokraten sogar 40 Jahre. Noch Herbert Wehner hat in den letzten Stunden der sozialliberalen Koalition der SPD eine Oppositionszeit von zehn und mehr Jahren prophezeit. Diese Prophezeiung wird sich als falsch erweisen. Überall werden die Regierungsperioden kürzer. Überall werden die Länder schwerer regierbar; und dies schon gar unter der Fuchtel der wirtschaftlichen Krise, die man für die zweite Hälfte der 80er Jahre erwarten muß.

Noch reagieren die Wähler trotzig, wenn man ihnen die Fehler der Kohl-Regierung vorführt, die im Zuge der deutsch-deutschen Verhältnisse ja noch um eine ganze Latte verlängert wurden -, sie stimmen den Argumenten innerlich zu, wollen ihre Wahlentscheidung von 1983 aber noch nicht dementieren. Kohl muß seine volle Periode bekommen. Aber 1987 hat er sein Liedlein ausgesungen; dann haben es alle gehört. Dann müssen die Bürger neu entscheiden. Auf diesen Zeitpunkt muß sich die deutsche Linke rüsten.

(-/11.9.1984/ks/rs)

+ + +



Der Entspannungspolitik den Boden entzogen

Bundeskanzler Kohl stützt Forderungen der Vertriebenenverbände nach Grenzen von 1937

Von Horst Sielaff MdB

Vorsitzender des Zentralverbandes der Mittel- und Ostdeutschen

"Herumschwadronieren über die Oder-Neiße-Grenze schafft Unverständnis und Unsicherheit überall - nicht nur im Osten", so dieser Tage der Bundesaußenminister an die Adresse seiner Koalitionsfreunde. - Sehr richtig, möchte man zurufen, nur, was hilft es, wenn der Bundeskanzler, der die Richtlinien der Politik der Bundesregierung bestimmt, seinen Eiertanz auch in dieser Frage fortsetzt? In der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 hieß es: "Geschlossene Verträge gelten. Wir wollen sie nutzen zum Ausbau unserer Beziehungen." In Braunschweig erklärte Kohl am 2. September dagegen, unter starkem Beifall der versammelten Vertriebenenfunktionäre, daß die "deutsche Frage offen" bleibe und daß langer Atem vonnöten sei, um die Lösung der Frage zu regeln.

Dies provoziert Unsicherheiten nicht nur in Osteuropa, sondern seit langem auch im Westen. Davon zeugt auch die Überschrift eines Artikels in der "New York Times" von William Safire, die lautet: "Die beiden Deutschland: Wiedervereinigung durch die Hintertür."

Sicher ist es richtig, daß der Revanchismusvorwurf aus Osteuropa objektiv gesehen überzogen ist. Aus der Geschichte, und der immer noch vorhandenen Angst der Menschen in Ost- und Südosteuropa gegenüber großdeutschem Gebaren, ist eine solche Reaktion aber zumindest verständlich. Denn was heißt das, wenn der Bundeskanzler in Braunschweig erklärt, bis zur Wiedervereinigung bestehe Deutschland nicht nur aus zwei, sondern aus mehreren Teilen? Und alle Staatsorgane der Bundesrepublik seien "zur Mitverantwortlichkeit für das ganze Deutschland verpflichtet"? Will Kohl etwa auch den Anspruch Deutscher auf Teile von Ungarn, Rumänien oder gar Brasilien - wo es seit langem deutsche Kultur gibt - erheben?

Und wen wundert es, wenn der CDU-Bundestagsabgeordnete, Bundesvorsitzende der Landsmannschaften Schlesien und, laut Bundestagshandbuch, Vorstandsmitglied der CDU-Rheinland, Dr. Herbert Hupka sich auf Kohl beziehend unter anderem am vergangenen Sonntag in Bad Mergentheim erklärt: "Deutschland, darunter verstehen wir Nord-, West- und Süddeutschland, die Bundesrepublik Deutschland, Mitteldeutschland, das sich heute DDR nennen lassen muß, und Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße." Und weiter zitiert er Franz Josef Strauß, der am 19. Juli 1984 in Schleißheim gesagt hatte: "Das Deutsche Reich besteht rechtlich in den Grenzen von 1937 fort. Daran ändern auch die Ostverträge nichts."



Um die Empörung der Menschen insbesondere in der Volksrepublik Polen zu verstehen, muß man sich weitere Aussagen seiner Rede zum "Tag der Heimat" vom vergangenen Sonntag näher ansehen: "Deutschland geht jeden Deutschen an, und Mitteldeutschland sowie Ostdeutschland dürfen weder aufgegeben noch abgeschrieben werden." Und: "Zu der immer wieder aufflackernden und auch aus bestimmten Gründen künstlich belebten Diskussion über die Oder-Neiße-Linie muß ergänzend bemerkt werden, daß es innerhalb des sowjetischen Imperialismus aus polnisch-kommunistischer Sicht gar nicht um die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze geht, sondern um die Zementierung der Elbe-Werra-Linie als - vorläufige - Grenze der kommunistischen Herrschaft in Mitteleuropa." Und: "Der Status quo in Mittel- und Osteuropa ist ein Status quo des Unrechts."

Hupka sagte dann auch den erkenntnisreichen Satz: "Gerade um der Aussöhnung willen muß der Blick zurückgewandt werden." Nur wird dieser Satz zur Lüge, und zum Schlachtruf, wenn dieser Rückblick sich nur auf 1937 bezieht und kein Wort zur Geschichte der Gebiete in Polen und kein Wort zum Unrechtssystem Nazisdeutschlands in Polen enthält.

Wer diese Reden im Regierungslager unwidersprochen im Raum stehen läßt und sie mit seinem Schweigen faktisch bejaht, der kann wohl nicht mehr ernsthaft behaupten, die Deutschland- und Ostpolitik der sozialliberalen Regierung fortzusetzen. Und wer weiterhin die Forderung nach den deutschen Grenzen von 1937 laut werden läßt und von der "noch offenen deutschen Frage" spricht, der entzieht der Entspannungspolitik gegenüber den osteuropäischen Staaten den Boden. Wer zudem immer wieder die Wiedervereinigungsforderung in den Vordergrund der deutsch-deutschen Politik stellt, der wird Unverständnis ernten und sich isolieren, zumal für alle ganz Deutschland betreffenden Fragen nicht die Deutschen, sondern die damaligen Siegermächte zuständig sind.

Der eindeutige Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf die Grenzen von 1937 und die volle Respektierung der heutigen Westgrenzen Polens hat allerdings ein eindeutiges Zeichen gesetzt. Dieses Zeichen der Versöhnung und des Friedens sollte nicht immer wieder zerredet werden. (-/11.9.1984/ks/rs)

+ + +

